

16. III. 1916

Selbstverwaltung, nicht Länderautonomie.

Von Dr. Stephan Freiherrn v. Haupt,
Präsident der Handels- und Gewerbekammer.

Brünn, 13. März.

Die programmatische Stellungnahme der deutschen Parteien und insbesondere des Deutschen Nationalverbandes zu den großen politischen Fragen der Gegenwart hat den sudetenländischen Deutschen eine Enttäuschung gebracht.

Die Aufnahme der mit der bisherigen Politik der deutschfreihheitlichen Parteien unvereinbaren Forderung nach Ausgestaltung der Länderautonomie hat in den Kreisen der sudetenländischen Deutschen die größte Bestürzung hervorgerufen.

Man kann diese Schwankung des Deutschen Nationalverbandes auch dann nicht verstehen, wenn man annimmt, daß sie aus Rücksicht auf die Christlichsozialen erfolgt ist. Die Rücksichtnahme darf nicht so weit gehen, daß ihr zuliebe einer der fundamentalsten Grundsätze des Parteiprogramms über Bord geworfen und die nationale Existenz eines großen Teiles des deutschen Volkes in Oesterreich aufs Spiel gesetzt wird; denn in Böhmen und Mähren bedeutet die Ausgestaltung der Länderautonomie nichts mehr und nichts weniger als die Unterstellung der deutschen Minoritäten unter die czechische Mehrheit.

Das müssen doch die christlichsozialen Parteiführer wissen; und wenn sie auch den begreiflichen Wunsch hegen, die Macht der von ihnen beherrschten alpenländischen Landtage wo möglich zu erweitern, so muß man doch so viel gemeinsames Nationalgefühl bei ihnen voraussetzen, daß sie nicht lokale Parteiinteressen über die allgemeinen Interessen des deutschen Volkes in Oesterreich stellen.

Es hätte daher um so eher möglich sein müssen, sie von der Forderung nach Erweiterung der Länderautonomie abzubringen, als ihrem Wunsche nach Erhaltung ihrer provinziellen Macht auf andere Weise hätte Rechnung getragen werden können; denn der in den deutschen Alpenländern bestehende Wunsch nach Autonomie ist keineswegs identisch mit der von den Czechen geforderten Länderautonomie.

Hier liegt die Verwechslung der Begriffe Autonomie und Selbstverwaltung vor. Die Autonomie nach czechischer Auffassung trägt durchwegs staatsrechtlichen Charakter, das heißt, sie verlangt für das Land das Recht, möglichst viele und wichtige Funktionen des Staates ohne Kontrolle durch diesen selbst auszuüben.

Das ist aber etwas ganz anderes als die Selbstverwaltung, wie sie zum Beispiel in England besteht und die auch wir Deutsche in Oesterreich anstreben.

Unter Selbstverwaltung verstehe ich die Befugnis untergeordneter Verbände zur selbständigen Besorgung gewisser lokaler Verwaltungsaufgaben unter der Kontrolle des Staates. Ist die Kontrolle des Staates gegeben, dann kann der Selbstverwaltung eine möglichst große Ausdehnung verliehen werden. Es kann dann jene erwünschte Dezentralisation der Verwaltung stattfinden, welche eine Entlastung der jetzt mit kleinlichen Agenden überbürdeten Zentralbehörden zur Folge hätte. Die Einteilung von Böhmen, Mähren und Schlesien in Kreise auf nationaler Grundlage, als sicherstes Mittel zur Milderung des nationalen Kampfes, könnte trotz des Widerstandes des böhmischen Landtages durchgeführt werden.

Es wäre die Möglichkeit gegeben, den lokalen autonomen Behörden eine größere Fülle von Agenden als bisher zuzuweisen, allerdings unter der Voraussetzung, daß die bisherige Unabhängigkeit dieser Behörden von jeder Einflußnahme seitens des Staates aufhört und daß der bisherige Wirrwarr der ohne jedes System durcheinander verwaltenden autonomen und staatlichen Behörden ausgeschaltet wird. Dieses Opfer müßten unsere deutschen Autonomisten schon bringen können, wenn sie anders ihre Forderung nach einem großen, starken und einigen Oesterreich verwirklichen wollen. Denn wo soll die Größe und Stärke Oesterreichs herkommen, wenn es jedem Lande und jedem Ländchen, ja selbst jeder Gemeinde gestattet ist, die Absicht der Staatsverwaltung zu durchkreuzen.

Erweiterung der Länderautonomie und ein großes, starkes, einiges Oesterreich sind zwei widersprechende Begriffe, die unmöglich in ein und dasselbe Programm aufgenommen werden können.

Entweder will man das letztere, dann muß Oesterreich tatsächlich jenen Weg beschreiten, den alle anderen Großmächte Europas vor ihm gegangen sind und der nach Ueberwindung provinzieller Selbständigkeitsgelüste zu einem mächtigen Einheitsstaat geführt hat, oder aber man zieht das letztere, das heißt die Länderautonomie vor, dann muß man sich damit begnügen, daß Oesterreich für alle Zeiten ein Konglomerat kleiner, macht- und einflußloser Duodezstaaten bilden wird, deren autonome Lenker zwar in inneren Angelegenheiten frei nach Willkür schalten können, das aber bei allen Fragen der großen europäischen oder gar der Weltpolitik überhaupt nicht in Frage kommt. Welchen Weg der wahre österreichische Patriotismus uns weist, kann wohl nicht zweifelhaft sein.